



43. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport
Gremium: Ausschuss für Bildung und Sport
Sitzungstermin: Dienstag, 23.10.2012, 17:30 Uhr
Ort, Raum: Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str.
79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.09.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Benennung eines Mitgliedes für die Auswahljury zur Trägerfindung des Begegnungszentrums in der Stadteilschule Drewitz

- 4 Deutscher Schützentag 2013 in Potsdam - Vorstellung der Veranstaltung

- 5 Information des Staatlichen Schulamtes zum Sachstand Lehrersersatzpool

- 6 Sachstand der Sanierungsprojekte Goethe-/Einstein-/Humboldt-Gymnasium

- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 7.1 Neubau einer Skaterhalle FB Bildung und Sport
12/SVV/0590

- 7.2 Wohnheimplätze am Luftschiffhafen Fraktion DIE LINKE
neue Fassung vom 19.09.12
12/SVV/0601
- 7.3 Übertragung der Entscheidungsbefugnisse über die Verwendung von Sachmitteln des Schulträgers auf die Schulen FB Bildung und Sport
12/SVV/0571
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Schulessen - Bericht zu den Potsdamer Krankheitsfällen
- 9 Sonstiges



Niederschrift 42. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 11.09.2012
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr
Ort, Raum:	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	
Frau Hannelore Knoblich	SPD	Leitung der Sitzung
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	
Herr Arndt Sändig	Die Andere	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	Teilnahme für Frau Schummel
-------------------------	-----------	-----------------------------

sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	
Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat	
Frau Christiane Erning	Potsdamer Demokraten	
Frau Kathleen Krause	SPD	
Frau Beate Kruczek	FDP	
Frau Dr. Manja Orłowski	SPD	
Herr Dr. Alexander Steinicke	DIE LINKE	
Herr Sandro Szilleweit	Die Andere	
Herr Daniel Zeller	Bündnis 90/Die Grünen	

Gast

Frau Petra Rademacher	Komm. FBL Bildung und Sport
Herr Dietmar Weiberlenn	BL Bildung
Herr Torsten Gessner	BL Sport

Herr Bernd Richter	KIS
Herr Eckhard Dörnbrack	Staatliches Schulamt
Herr Erik Wolfram	BL Stadtentwicklung- Verkehrsplanung
Frau Christine Hapig-Tschentscher	Stadtentwicklung- Verkehrsplanung
Frau Gabriele Schneider	AG kommunale Freiflä- chen u. Spielplätze
Frau Ute Sello	Bäderlandschaft GmbH Potsdam
Frau Astrid Thorak	Komm. SL Goethe- Schule
Herr Vincent Gabriel	Goethe-Schule
Frau Corina Bentke	Goethe-Schule
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat
Herr Tobias Borstel	Polarstern Potsdam
Frau Mandy Kayser	Polarstern Potsdam
Frau Karin Wagner	Stellv. Vors. Stadtsporthund
Frau Steffi Pyanoe	PNN

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW	Entschuldigt
------------------------	---------	--------------

Ausschussmitglieder

Frau Olga Schummel	DIE LINKE	Entschuldigt
Herr Volker Klamke	SPD	Entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Florian Engels	SPD	Entschuldigt
Frau Sabine Speck	BürgerBündnis	Entschuldigt
Herr Sven Stolpe	DIE LINKE	nicht anwesend

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski	Entschuldigt
------------------------------	--------------

Schriftführer/in: Frau Gudrun Wildgrube

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.08.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Schreiben der Oberschule Theodor Fontane vom 20.08.2012
- 4 Infrastrukturplanung
 - Wegeanalyse - Kitas und Grundschulen
 - Gutachten zur Beteiligung Dritter an (sozialen) Infrastrukturkosten
 - Ausstattungsstandards
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Rücknahme Preiserhöhung BUGA-Park
Vorlage: 12/SVV/0489
B/Sp. (ff)
- 5.2 Schließung der Goethe-Schule als Gesamtschule mit Beendigung des Schuljahres 2013/2014
Vorlage: 12/SVV/0494
- 5.3 Überarbeitung der Preisliste städtischer Bäder
Mitteilungsvorlage: 12/SVV/0518
- 5.4 Rollsport an der Sporthalle Heinrich-Mann-Allee
Mitteilungsvorlage: 12/SVV/0519
- 5.5 Schulwegsicherung für Fontane-Grundschüler verbessern
Vorlage: 12/SVV/0507
- 5.6 Potsdam führt zwei Säulenmodell an seinen Schulen ein
Vorlage: 12/SVV/0462
- 5.7 Sitzungskalender 2013
Vorlage: 12/SVV/0463
- 6 Mitteilung der Verwaltung
- 7 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Knoblich, eröffnet die Sitzung.

zu 2

Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.08.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Knoblich stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Von Herrn Wollenberg liegt ein Antrag zur Erweiterung der Tagesordnung vor. Er bittet unter TOP 7 um Information zum Sachstand der Sanierungsprojekte Goethe-/Einstein-/Humboldt-Gymnasium.

Herr Wollenberg beantragt die Tagesordnungspunkte 5.2 und 5.6 gemeinsam zu diskutieren und getrennt abzustimmen. Beweggrund die DS 12/SVV/0494 in den Ausschuss zu überweisen war, zu beraten, wie man in Potsdam im nächsten Schuljahr zu mehr Gesamtschulplätzen kommen könnte.

Die Ausschussmitglieder stimmen der geänderten Tagesordnung zu.

Frau Knoblich fragt ob es Änderungs-/Ergänzungswünsche zur Niederschrift der Sitzung am 14.08.2012 gibt.

Da das nicht der Fall ist, lässt sie dazu abstimmen.

Frau Knoblich informiert, dass zu TOP 5.2 ein Antrag auf Rederecht für Frau Thorak, komm. Schulleiterin der Goethe-Schule, vorliegt. Zu TOP 5.4 wurde Rederecht für Herrn Borstel vom Verein Polarstern und für Frau Wagner, stellvertretende Vorsitzende des Stadtsporthundes, beantragt.

Den Rederechten wird seitens der Ausschussmitglieder zugestimmt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung am 14.08.2012 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 3

Schreiben der Oberschule Theodor Fontane vom 20.08.2012

Frau Knoblich verweist darauf, dass der Brief der Fontane Oberschule allen zugegangen ist.

Frau Rademacher informiert dass die Fontane Oberschule nach Rücksprache des Fachbereiches Bildung und Sport mit dem KIS ein Antwortschreiben erhalten hat.

Herr Richter ergänzt, dass das Sanierungsprojekt mit der Schule abgestimmt wurde. Die Farbgestaltung habe der Architekt mit der Schule zusammen entwickelt. Der Gestaltungsrat der Landeshauptstadt Potsdam habe dazu Hinweise gegeben und darum gebeten die bisherige Planung entsprechend zu überarbeiten. Der KIS habe sich an den Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung gewandt und darum gebeten beide Sichtweisen abzuwägen.

Herr Wollenberg ist der Meinung, dass der Gestaltungsrat die Aufgabe habe

sich mit der Potsdamer Mitte zu befassen und fragt, was er mit der Schule in Waldstadt zu tun habe.

Frau Knoblich ist unklar welche Kompetenzen der Gestaltungsrat hat. Sie fragt, ob er sich derart einmischen dürfe.

Herr Richter kann nicht beantworten, welche Verbindlichkeit die Empfehlungen des Gestaltungsrates haben. Der Gestaltungsrat sei auf Initiative der Stadtverordnetenversammlung geschaffen worden, insofern könne sich die Verwaltung nicht über die Empfehlungen hinwegsetzen.

Frau Bankwitz erklärt, dass der Gestaltungsrat vor zwei Jahren seine Arbeit aufgenommen habe. Herr Klipp habe dazu aufgerufen, dass Nutzer den Gestaltungsrat frühzeitig fragen. Hier gebe es aus ihrer Sicht in diesem Fall einen Verfahrensfehler. Wenn die Stadt der Bauherr ist, hätte sie den Gestaltungsrat vorher fragen müssen.

Herr Richter erklärt, dass sich der Gestaltungsrat mit der konkreten Entwurfsplanung beschäftigt. Diese wurde vom Architekten mit den Schülern erarbeitet. Es wurde darum gebeten diese Planung beim Gestaltungsrat vorzustellen. Das habe man getan.

Herr Wollenberg bittet darum, dass sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen. Es sei zu klären, wie es dazu kam, dass sich der Gestaltungsrat mit dem Vorhaben befasst hat, um für die Zukunft zu klären, ob es hier einer Regelung bedarf.

Herr Menzel verweist darauf, dass die Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2010 eine Geschäftsordnung für den Gestaltungsrat erlassen habe, in der alles geregelt sei. Er verweist auf Paragraph 4. Ihn irritiere dass dort steht: „Vor der Behandlung im Gestaltungsrat ist die Zustimmung des Bauherren einzuholen“. Einen Verstoß der Verwaltung könne er nicht feststellen.

Frau Knoblich plädiert dafür, den Vorschlag von Herr Wollenberg aufzugreifen. Die Beteiligten sollten sich zusammensetzen, um einen entsprechenden Konsens zu finden.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus, dass man den Vorschlägen der Schule nicht entgegenstehen sollte. Es wird vorgeschlagen, dass sich alle Beteiligten zusammensetzen um einen entsprechenden Konsens zu finden. Der Ausschuss für Bildung und Sport ist über das Ergebnis zu informieren.

zu 4

Infrastrukturplanung

- Wegeanalyse - Kitas und Grundschulen
- Gutachten zur Beteiligung Dritter an (sozialen) Infrastrukturkosten
- Ausstattungsstandards

Herr Wolfram und **Frau Hapig-Tschentscher** vom Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsplanung stellen den Zwischenbericht zur Infrastrukturplanung vor, der unter Mitwirkung der Arbeitsgruppe Infrastrukturplanung entstanden ist. Die Arbeitsgruppe setzt sich u.a. aus Vertretern der Fachbereiche Stadtentwicklung, Bildung und Sport, Kinder, Jugend und Familie, Finanzen und dem KIS zusammen. Folgende Themen werden betrachtet:

- Wegeanalyse Kitas und Grundschulen

- Gutachten zur Beteiligung Dritter an (sozialen) Infrastrukturkosten
- Ausstattungsstandards

Frau Hapig-Tschentscher erklärt, dass es zu den Ausstattungsstandards eine Ausschreibung gegeben habe. Es wurden keine Angebote abgegeben, so dass diese wiederholt werden müsse. Es ist vorgesehen, Workshops durchzuführen. Die Ausschusssmitglieder werden aufgefordert daran teilzunehmen und sich einzubringen.

Frau Erning stellt fest, dass es bei den Ausstattungsstandards nur um finanzielle Dinge, nicht aber um eine qualitativ pädagogische Verbesserung für die Schulen gehe.

Herr Wollenberg sieht in der Ausschreibung der Ausstattungsstandards keinen praktischen Nutzen und fragt, ob es nicht preiswerter und sinnvoller wäre, wenn die Verwaltung diese Aufgabe selbst übernehme.

Frau Bankwitz fragt ebenfalls nach, ob entsprechende Kapazitäten nicht in der Verwaltung vorhanden seien.

Herr Richter erklärt, dass der KIS in der Arbeitsgruppe vertreten war. Die Verwaltung habe zwar entsprechendes Ingenieurpersonal, aber es sei zum Beispiel nicht klar, warum z. B. für die Schulnutzung eine entsprechende Anzahl Sanitäranlagen ausreiche und im Nachmittagsbereich für den Hort wesentlich mehr Sanitäranlagen gebraucht werden. Es gibt viele gesetzliche Vorschriften, die zu beachten seien. Zudem seien viele Vorschriften nicht stimmig. Die Verwaltung habe nicht die personellen Ressourcen um dies aufzuarbeiten.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschusssmitglieder zu den Ausführungen an, die beantwortet werden.

zu 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 5.1 **Rücknahme Preiserhöhung BUGA-Park**

Vorlage: 12/SVV/0489

B/Sp. (ff)

Herr Sändig erklärt, dass sich die Preiserhöhung auf den Sommertarif vom 1. März bis 30. November beziehe. Im Finanzausschuss wurde diskutiert, dass der BUGA Park bei den Besucherzahlen einen Anstieg von 4 % aufzeigt. Nach den Unterlagen von Frau Kornhardt könne er das für die Jahre 2009 und 2010 nicht erkennen. Hauptargument für den Antrag sei, dass die Anzahl der Geringverdiener größer geworden sei und der BUGA Park, als Volkspark, allen Besuchern offen stehen sollte. Ein Preis von 1 € sei angemessen.

Frau Schneider verweist darauf, dass sich die Besucherzahlen von 2008 bis 2011 stetig gesteigert haben. Sofern die Preiserhöhung rückgängig gemacht werde, würden im Jahr 2013 Einnahmeverluste von 55.000 € und 18.000 € Kosten für Umprogrammierung von Kassen und Ticketautomaten sowie Neubeschilderung zum Eintrittssystem entstehen.

Herr Menzel erklärt, dass ihm keine Klagen bezüglich des Eintrittspreises von 1,50 € bekannt seien.

Frau Schneider informiert über die Höhe der Eintrittspreise in Parkanlagen anderer Städte.

Frau Bankwitz spricht sich dafür aus, dass der Volkspark eigentlich ohne Eintritt zur Verfügung stehen müsste. Sie unterstützt den Antrag.

Herr Ziebarth findet den Betrag von 1,50 € in Ordnung. Nachdenken sollte man darüber, den Eintritt Biosphäre und Volkspark kombinierbar zu machen.

Frau Knoblich bittet um Abstimmung des Antrages.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Eintrittspreis für die Tageskarte normal/Sommertarif für den BUGA-Volkspark wird von 1,50 € auf 1 € zurückgesetzt. Die Preissenkung soll zur Sommersaison 2013 wirksam werden.

Der Oberbürgermeister und erforderlichenfalls die Vertreter/innen der Stadt Potsdam in den Gremien der Pro Potsdam werden beauftragt, die erforderlichen Schritte zu veranlassen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Februar 2013 über den Sachstand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 4

Stimmenthaltung: 0

Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 5.2 Schließung der Goethe-Schule als Gesamtschule mit Beendigung des Schuljahres 2013/2014
Vorlage: 12/SVV/0494**

Die Ausschussmitglieder haben sich dazu verständigt, die Tagesordnungspunkte 5.2 und 5.6 zusammen zu behandeln und getrennt abzustimmen.

Frau Thorak spricht sich dafür aus, dass es sinnvoll sei dem Antrag zuzustimmen. Die Schule habe im nächsten Schuljahr noch drei 10. Klassen. Es sollten keine 7. Klassen mehr aufgenommen werden, weil keine gymnasiale Oberstufe mehr existiert. Um Kontinuität und Verlässlichkeit für den Schulstandort zu haben sei die Schließung der Goethe-Gesamtschule mit Beendigung des Schuljahres 2013/2014 wichtig.

Herr Wollenberg erklärt, dass mit der Überweisung in den Ausschuss für Bildung und Sport nicht die Schließung zum Schuljahr 2013/2014 in Frage gestellt werden sollte. Es sollte vielmehr diskutiert werden, wie man mit dem akuten Mangel an Gesamtschulplätzen umgehen könne. Inzwischen habe es weitere Gespräche gegeben, zum Beispiel zum Standort Schilfhof.

Frau Knoblich verweist darauf, dass der Standort Schilfhof jetzt nicht das Thema sei.

Herr Menzel erhält das Wort zur DS 12/SVV/0462. Er verweist auf den Luxus der Stadt Potsdam, die ausreichend Schüler habe. Im Landesschulbeirat und im Lan-

des Elternrat wurde zur Nachfrage an Gesamtschulplätzen diskutiert. Der Staatssekretär sehe in Potsdam durch die Entwicklung der Übernachtfrage an Gesamtschulplätzen eine Umkehr der Landesentwicklung.

Herr Dörnbrack bittet der Vorlage DS 12/SVV/0494 zuzustimmen. Eltern und Schüler, die auf die Entscheidung der Stadt vertraut haben sollten die entsprechende Sicherheit erhalten. Zu TOP 5.6 erklärt er, dass er ein zweigliedriges Schulmodell so verstehe, wie es im Land Brandenburg zwischen Oberschule und Gymnasium existiere. Bis zum Jahrgang 8 ist immer ein Wechsel zum Gymnasium möglich, ebenfalls am Ende der 10. Klasse. Man habe das Thema in der Dienstberatung des Ministeriums angesprochen. Das zweigliedrige Schulmodell sei für den Raum außerhalb der Ballungsräume gedacht. Ende September werde sich die Demographiekommission im MBSJ damit beschäftigen, wie man mit schwach besiedelten Regionen umgeht, um alle Schulabschlüsse zu gewährleisten. Man habe bereits in der Vergangenheit in Potsdam darüber diskutiert und festgestellt, dass das für Potsdam nicht machbar ist. Alle Schulformen, wie sie in Potsdam vorhanden sind, haben ihre Daseinsberechtigung. Eine Gesamtschule kann nur existieren, wenn sie die gymnasiale Oberstufe selbst produzieren kann. Er sehe eine Gefahr, wenn es nur Gymnasien und Gesamtschulen gebe, denn aus einer schlecht angewählten Gesamtschule entsteht eine Oberschule. Das bittet er bei der Diskussion zu bedenken.

Herr Menzel verweist auf die gesetzlichen Vorgaben, wonach alle Gesamtschulen eine Drittelbelegung durchführen müssen. Wenn alle Gesamtschulen, auch die Lenné- und Voltaire-Gesamtschule gesetzeskonform handeln, sehe er das nicht so.

Herr Wollenberg bittet darum, mit Unterstellungen bezüglich des Aufnahmeverfahrens in Schulen aufzuhören. Klar sein müsse auch, dass entsprechende Schulgebäude mit entsprechenden räumlichen Kapazitäten vorhanden sein müssen. Er regt an, den Antrag in der AG-Schulentwicklungsplanung zu diskutieren. Die Schulstandorte müsse man planungsbezogen anzusehen und schauen, welche räumlichen Möglichkeiten gegeben sind. Er bittet Herrn Weiberlenn etwas dazu zu sagen, ob am Schilfhof die Möglichkeit besteht, die Eröffnung auf das Jahr 2013 vorzuziehen, um damit Entlastung zu schaffen.

Herr Weiberlenn bittet darum, dem Beschluss bezüglich der Goethe-Schule zuzustimmen. Außerdem befinde sich das Schulgebäude im nächsten Jahr in der Komplettsanierung. Ein Zweisäulenmodell wurde bereits im Vorfeld der Schulentwicklungsplanung diskutiert, war aber nicht mehrheitsfähig. Im Zusammenhang mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 02.03.2011, DS 11/SVV/0188, wurde die Umwandlung von Oberschulen in Gesamtschulen sowie die Erweiterung bestehender Gesamtschulstandorte geprüft (siehe Dringlichkeitsantrag der Fraktion FDP, DS 11/SVV/0189). Das Ergebnis ist in der Mitteilungsvorlage DS 11/SVV/0358 dargestellt. Demzufolge ist eine Erweiterung bestehender Gesamtschulstandorte aufgrund der Grundstücksgrößen nicht möglich. Eine Umnutzung von Oberschulen in Gesamtschulen ist ebenfalls nicht realisierbar. In Potsdam könne man auf keinen Schulstandort verzichten. Bezüglich der Schließung von Oberschulen und Führung als Filiale von Gesamtschulen erinnert er an den Prüfauftrag einer Filiale der Voltaire-Gesamtschule am Standort Haackelstraße. Das sei nicht realistisch. Wenn neue Schulen errichtet werden, dann als Gymnasien bzw. Gesamtschulen. Für realistisch hält er zum nächsten Schuljahr eine 4- bis 5-zügige Gesamtschule am Standort Schilfhof zu errichten. Allerdings müsse dies bauseitig noch geprüft werden.

Frau Knoblich greift den Vorschlag auf, den Antrag 12/SVV/0462 zurückzustellen und in der AG-Schulentwicklungsplanung zu beraten. Da es keine Gegenstimmen gibt, bittet sie um Abstimmung der DS 12/SVV/0494.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

1. Pkt. 2 des Beschlusses der SVV vom 02.12.2009, Schließung der Goethe-Schule als Gesamtschule mit Beendigung des Schuljahres 2012/2013, DS 09/SVV/1095, wird aufgehoben.
2. Die Goethe-Schule (21/31) wird mit Beendigung des Schuljahres 2013/2014 geschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

zu 5.3

**Überarbeitung der Preisliste städtischer Bäder
Mitteilungsvorlage: 12/SVV/0518**

Frau Knoblich fragt, ob es Diskussionsbedarf gibt. Für Nachfragen steht Frau Sello zur Verfügung.

Her Wollenberg möchte wissen, wie man zu den Zahlen der Mindereinnahmen bei den einzelnen Modellen komme.

Frau Sello erklärt die Berechnung.

Es gibt keinen weiteren Redebedarf.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage DS 12/SVV/0518 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: keine Gegenstimmen

zu 5.4

**Rollsport an der Sporthalle Heinrich-Mann-Allee
Mitteilungsvorlage: 12/SVV/0519**

Frau Wagner erklärt, dass sich Dr. Henrich einvernehmlich mit Herrn Borstel verständigt habe und der Stadtsportbund hinter dem Antrag stehe und diesen befürworte.

Herr Borstel macht Ausführungen zu 4 Kostenangeboten, die der Verein eingeholt habe. Diese liegen weit unter denen des KIS. Der Verein trete für die Überdachung ein, die eine ganzjährige Nutzung möglich mache. Die Vorschläge des Vereins werden in der Sitzung an die Ausschussmitglieder ausgereicht.

Frau Knoblich bittet um Wortmeldungen zur Mitteilungsvorlage.

Herrn Wollenberg interessiert die Sanierung im Rahmen des Bauprojektes Humboldt-Gymnasium.

Frau Bankwitz fragt von welchen m² der KIS ausgegangen sei und wie die Preise zustande kommen. Sie möchte wissen, ob man die Vorschläge des Vereins umsetzen könne. Die in der Mitteilungsvorlage dargestellten Preise erscheinen ihr zu hoch.

Herr Richer kann zu den Preisen keine Aussage machen. Er erklärt, dass für die Überdachung eine ingenieurtechnische Analyse zugrunde liege. Eine ganzjährige Nutzung werde mit einfachem Dach kaum zu gewährleisten sein. Deshalb müssten die Seiten zugemacht werden. Er habe bereits in der Sitzung am 15.05.2012 darauf verwiesen, dass man eine Planung veranlassen müsse, die Geld koste. Diese habe man sich zunächst erspart und sich auf Kostenkennwerte bezogen.

Frau Dr. Orlowski führt aus, dass die Mitteilungsvorlage weder Anforderungen einer Finanz- noch einer Zeitplanung erfülle.

Frau Knoblich verweist darauf, dass der Beschluss zu DS 12/SVV/0275 eindeutig sei. Die Mitteilungsvorlage spiegelt das nicht wieder.

Herr Wollenberg spricht sich dafür aus, sich mit dem Verein an einen Tisch zu setzen, um zu sehen, was schon eingeplant ist und was machbar sei. Man sollte sich auch verständigen, was politisch gewollt ist. Die Fraktion DIE LINKE wolle die Umsetzung des Antrages. Er habe den Eindruck, das Projekt werde teuer gerechnet, damit es nicht stattfindet.

Frau Bankwitz spricht sich ebenfalls dafür aus, dass die Verwaltung die Kosten mit dem Verein abstimmen sollte, um zu sehen, wie viel Mehrkosten erforderlich seien.

Herr Richter erinnert daran, dass der Ausschuss für Bildung und Sport im Zusammenhang mit ÖPP beschlossen habe, dass die Überdachung des Rollsportfeldes nicht stattfindet. Die Erweiterung der Finanzierung für diese freiwillige Leistung sei nicht möglich. Man könne weitere Ermittlungen anstellen. Das setze aber tatsächliche Planung voraus. Er bittet um Verständnis dafür, dass sich der KIS nicht auf Zuarbeiten des Vereins verlasse.

Herr Wollenberg erwartet, dass man den Sachverstand des Vereins nicht außen vorlasse.

Frau Dr. Orlowski schlägt vor, die Mitteilungsvorlage zurückzuweisen und auf Erfüllung des Auftrages zu bestehen. Sie bittet um Durchführung der Planung. Der Ausschuss für Bildung und Sport müsse sagen woher das Geld dafür komme.

Herr Richter erklärt, dass die Aufgabenstellung bisher in der Sanierung des Bestandes bestand. Dazu liege eine Kosten- und Finanzplanung vor.

Frau Knoblich verweist auf den Antrag 12/SVV/0275. Dort gehe es auch um Erneuerung der Rollsportfeld-Anlage.

Herr Wollenberg stellt den Antrag die Mitteilungsvorlage 12/SVV/0519 zurückzuweisen. Entsprechend dem Anforderungsprofil der Nutzer ist ein Zeit- und Finanzplan, unter Einbeziehung des Vereins vorzulegen.

Herr Richter erklärt, dass das für eine Sache, die derzeit in der mittelfristigen Planung nicht vorgesehen ist, objektiv nicht gehe.

Frau Knoblich versteht nicht, warum sich diese Aussage nicht in der Mitteilungsvorlage wiederfindet.

Herr Richter erklärt, dass er in der Mailsitzung bereits gesagt habe, dass der Antrag entbehrlich sei. Es gab aber den Wunsch des Ausschusses zu ermitteln, welche Kosten die Wünsche des Vereins verursachen. Das habe man in der Mitteilungsvorlage versucht darzustellen.

Frau Krause spricht sich dafür aus, sich mit dem Verein zusammzusetzen und zu sehen, was möglich ist.

Frau Knoblich lässt den Antrag von Herrn Wollenberg abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport weist die Mitteilungsvorlage DS 12/SVV/0519 zurück.

Entsprechend dem Anforderungsprofil der Nutzer ist ein Zeit- und Finanzplan unter Einbeziehung des Vereins vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

zu 5.5

Schulwegsicherung für Fontane-Grundschüler verbessern

Vorlage: 12/SVV/0507

Herr Weiberlenn erläutert, dass die Fontane Oberschule entsprechend dem Schulwegsicherungskonzept als sicher eingestuft sei. Der Antrag beziehe sich auf die Prüfung baulicher Maßnahmen. Eine Berichterstattung im Oktober halte er für nicht realistisch und schlägt diese für November vor.

Herr Wollenberg erklärt, dass der Antrag auf vermehrte Elternbeschwerden zurückgehe. Einer Berichterstattung im November könne er zustimmen.

Herr Menzel empfiehlt die Einbeziehung der AG-Prävention der Polizei und der Verkehrswacht. Er regt an, Kontakt aufzunehmen und die Erfahrungen bei Angelegenheiten der Schulwegsicherung zu nutzen.

Der Antrag wird abgestimmt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, mit welchen baulichen Maßnahmen (Gehwegvorstreckung, Aufpflasterung o.ä.) die Sicherheit der Querung der Straße Zum Teufelssee auf Höhe der Einmündung Liefelds Grund deutlich erhöht werden kann.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im Oktober **November 2012** Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2 Der Antrag wird geändert beschlossen.

**zu 5.6 Potsdam führt zwei Säulenmodell an seinen Schulen ein
Vorlage: 12/SVV/0462**

Der Antrag wird zurückgestellt.

Siehe Diskussion zu TOP 5.2.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu, dass die Behandlung der Problematik in der AG-Schulentwicklungsplanung erfolgen soll.

**zu 5.7 Sitzungskalender 2013
Vorlage: 12/SVV/0463**

Frau Kruczek verweist darauf, dass der Termin 26.03.2013 vor Beginn der Schulferien liege und viele Schulen diesen Tag als variablen Ferientag anbieten. Sie fragt, ob der Termin eine Woche vorverlegt werden könne.

Herr Wollenberg schlägt vor, den Termin vom 26.03.2013 auf den 19.03.2013 zu verlegen.

Frau Krause hält es für ungünstig, dass die letzte Sitzung vor der Sommerpause im Mai geplant sei. Bezüglich Schule gebe es in den Sommermonaten immer Anfragen. Sie schlägt einen zusätzlichen Sitzungstermin im Juni vor.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich auf einen zusätzlichen Sitzungstermin am 18.06.2013.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Sitzungskalender 2013 mit folgenden Änderungen für den Ausschuss für Bildung und Sport zu beschließen:

1. Die Sitzung am 26.03.2013 wird auf den 19.03.2013 verlegt.
2. Am 18.06.2013 wird ein zusätzlicher Sitzungstermin aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 6 Mitteilung der Verwaltung

Herr Weiberlenn verweist auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.08.2012, in der Verfahren und Sachstand der Sozialarbeit an Schulen vorgestellt wurden. Er bietet an, die Information mit der Niederschrift auszureichen.

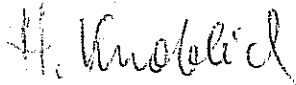
zu 7

Sonstiges

Herr Wollenberg hatte den KIS um einen Sachstand der Sanierungsprojekte Goethe-/Einstein-/Humboldt-Gymnasium gebeten. Da Herr Richter zum TOP Sonstiges nicht mehr anwesend ist, verständigen sich die Ausschussmitglieder dazu, einen entsprechenden Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung für die Sitzung am 23.10.2012 aufzunehmen und Herrn Richter einzuladen.

Herr Menzel verweist darauf, dass der Oberbürgermeister, der Kreisschulbeirat und der Kreiselternrat die Bildungsministerin zum Thema Lehrersatzpool angeschrieben haben. Über das Prüfergebnis, bittet er im Ausschuss für Bildung und Sport am 23.10.2012 berichten zu lassen.

Herr Ziebarth informiert, dass am 3. September 2012 der Potsdamer Weiterbildungstag stattgefunden hat. Festzustellen ist, dass eine starke Weiterbildungsstrecke in der Landeshauptstadt Potsdam existiert.



Hannelore Knoblich
Stellv. Ausschussvorsitzende



Gudrun Wildgrube
Schriftführerin



Landeshauptstadt
Potsdam

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0590

Betreff:
Neubau einer Skaterhalle

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 12/SVV/0036

Erstellungsdatum 30.08.2012

Eingang 902: 30.08.2012

Einreicher: FB Bildung und Sport

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

19.09.2012 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.03.2012, DS 12/SVV/0036, sind mögliche Standorte und Kosten für eine Skaterhalle in einfacher Ausführung zu prüfen.

Durch den Kommunalen Immobilien Service (KIS) wurden mögliche Standorte und Kosten für die Errichtung einer Skaterhalle in einfacher Ausführung geprüft.

Als „einfache“ Ausführung wurde bei der Prüfung eine Halle **ohne** Beheizung (Kaltluft-Halle), raumluftechnische Anlagen, Toiletten, Umkleide-/Waschmöglichkeiten sowie andere Neben- und Lagerräume angenommen.

Die Halle würde eine natürliche Belichtung und Belüftung sowie eine ergänzende künstliche Beleuchtung erhalten.

Für die Grobkostenschätzung ist man von einer Hallengröße von ca. 45 x 25 m (L x B), einer Traufhöhe von ca. 6 m sowie einer Firsthöhe von ca. 10 m ausgegangen.

Als Grundstück für die Errichtung einer Skater-Halle wird seitens des KIS der Sportplatz an der Pierre de Coubertin-Oberschule (39) im Wohngebiet Am Stern vorgeschlagen. Die Gesamtfläche des Sportplatzes einschließlich eines kleinen öffentlichen Spielplatzes beträgt ca. 7.700 m² und könnte durchaus einem Schulsportplatz und einer Skater-Halle Platz bieten. Die Sportplatzfläche befindet sich in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Der Gesamtanierungsbedarf des Sportplatzes beträgt nach Einschätzung eines Planungsbüros derzeit ca. 530.000 €. Für die Sanierung des Sportplatzes sind bis 2015 keine finanziellen Mittel im Investitionsplan der LHP und des Wirtschaftsplan des KIS eingestellt.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

zurückgestellt zurückgezogen

Fortsetzung der Mitteilung Seite 3

Sitzung am:

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Fortsetzung der Mitteilung:

Zu den Kosten im Falle einer Realisierung wurden seitens des KIS einige Varianten unterschiedlicher Hallentypen mit folgenden geschätzten Baukosten (Kostengruppen 300 und 400 nach DIN 276) ermittelt:

Geschätzte Baukosten (brutto)

Variante 1: Aluminium-Leichtbauhalle (Traggerüst aus Alu-Hohlprofilen, doppelschalige Kunststoff-Dachhaut, gedämmte Sandwich-Paneelplatten)	ca. 650.000 €
Variante 2: Industriebau-Halle in Skelettbauweise (Außenfassade und Dach aus Porenbeton)	ca. 640.000 €
Variante 3: Lagerhalle in Stahlskelettbau (Trapezblechbekleidung, ungedämmt)	ca. 550.000 €

Die Baunebenkosten (KG 700) sind mit ca. 18 - 22 %, bezogen auf die v. G. Baukosten, hinzuzurechnen. Gemäß den statistischen Kostenkennwerten (BKI 2012; hier: Sport- und Mehrzweckhallen) erhöhen sich die Baukosten hierbei durchschnittlich um ca. 18% für das Herrichten und Erschließen, die Außenanlagen und die Ausstattung.

Die Kosten für die Herrichtung und Erschließung eines Grundstücks (KG 200), standortbedingte Sonderkosten (z.B. aufwendige Gründung, Dekontaminationen etc.), die Herrichtung der Außenanlagen (KG 500) sowie eine Ausstattung (KG 600) sind nicht in den o. g. Kosten enthalten und können nach derzeitigem Kenntnisstand nicht verlässlich benannt werden.

Um den Nutzerbedarfsanforderungen gerecht zu werden, sind jedoch auch Funktionsräume für einen Hallenwart, Sanitär- und Umkleidebereiche sowie andere Funktionsräume für Vereine und Turnierbetrieb vorzusehen. Mit diesen nutzungsbedingten Anforderungen erhöhen sich sowohl die baulichen und technischen Anforderungen an die Halle als auch die Größe der baulichen Anlage.

Die vorgenannten Baukosten erhöhen sich damit jeweils um ca. 850.000 – 950.000 € bei Annahme eines einfachen Standards.

Eine ungedämmte Stahlskelett-Halle (Variante 3) wäre aufgrund der energetischen Anforderungen somit aber nicht mehr umsetzbar.

Werden bei den Betrachtungen auch die Vorstellungen des Vereins Polarstern Potsdam nach multifunktionaler Nutzung (z.B. Inline-Skaterhockey, Inline-Cross-Skating und Skateboarding) mit Zuschauerbetrieb berücksichtigt, so entstehen für die Errichtung einer solchen Halle voraussichtlich Baukosten in Höhe von ca. 3,0 - 3,5 Mio. €.

Je nach Ausführung und Anforderung an die zu errichtende Skater-Halle sind mindestens folgende Gesamtkosten einzukalkulieren (Kostenstand: II. Quartal 2012):

Skater-Halle ohne Funktionsbereiche:	ca. 880.000 €
Skater-Halle mit Funktionsbereichen:	ca. 2.100.000 €
Multifunktionale Skater-Halle mit Zuschauerbetrieb:	ca. 4.500.000 €

Eine Qualifizierung von geschätzten Kosten ist nur nach Erteilung eines Planauftrages möglich. Finanzielle Mittel hierfür stehen derzeit nicht zur Verfügung.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0601

öffentlich

Betreff:

Wohnheimplätze am Luftschiffhafen

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 04.09.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.09.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Finanzierung des entstandenen Fehlbedarfs für den Wohnheimneubau der Sportschule am Luftschiffhafen im kommenden Haushaltsjahr sicherzustellen. Die ausreichende Bereitstellung von Wohnheimplätzen für anspruchsberechtigte Sportschüler ab dem Schuljahr 2013/14 ist zu sichern.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Durch die Rücknahme der Förderzusage des Landes ist die Finanzierung des geplanten Wohnheimneubaus mit 120 Plätzen derzeit nicht gesichert. Die Betriebsgenehmigung der derzeit noch genutzten Baracke "Haus 38" läuft zum Ende des laufenden Schuljahres aus. Eine Verlängerung ist aufgrund des baulichen Zustands des Gebäudes nicht zu erwarten. Die dann im Hochhaus zur Verfügung stehenden Plätze decken jedoch lediglich den Bedarf der Sekundarstufe I ab. Entsprechend der beschlossenen Entgeltordnung haben aber alle Sportschüler Anspruch auf einen Wohnheimplatz. Dieser Anspruch ist sicherzustellen.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

12/SVV/0601

 öffentlich**Einreicher: Fraktion DIE LINKE****Betreff:** Wohnheimplätze am Luftschiffhafen

Erstellungsdatum 19.09.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.09.2012	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in enger Abstimmung mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg sowie unter Einbeziehung der Ressourcen der Luftschiffhafen GmbH die Finanzierung des Wohnheimneubaus der Sportschule am Luftschiffhafen im kommenden Haushaltsjahr sicherzustellen. Die ausreichende Bereitstellung von Wohnheimplätzen für anspruchsberechtigte Sportschüler ab dem Schuljahr 2013/14 ist zu sichern.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im Dezember 2012 Bericht zu erstatten.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Begründung siehe Anlage



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0571

Betreff:

öffentlich

Übertragung der Entscheidungsbefugnisse über die Verwendung von Sachmitteln des Schulträgers auf die Schulen

bezüglich

DS Nr.: 10/SVV/0629

Erstellungsdatum 23.08.2012

Eingang 902: 23.08.2012

Einreicher: FB Bildung und Sport

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

19.09.2012 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Im § 7 (4) Satz 1 des Brandenburgischen Schulgesetzes heißt es: „Die Schulträger sollen den Schulen Entscheidungsbefugnisse über die Verwendung von Sachmitteln zumindest in dem Umfang einräumen, wie diese für Lehr- und Lernmittel und zur Deckung der laufenden Verwaltungskosten bestimmt sind.“ Dementsprechend verpflichtet der Gesetzgeber die Schulträger zur Festlegung solcher Bestimmungen, denen die Schulen ausreichend eigene Gestaltungsmöglichkeiten einräumen, z.B. hinsichtlich der Verwendung der finanziellen Mittel oder der Beteiligung an Vergabeverfahren.

Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung hatten die Schulen bereits in einem begrenzten Rahmen eigene Gestaltungsmöglichkeiten. Beispielsweise waren direkte Auftragserteilungen durch SchulleiterInnen bis maximal 400 Euro möglich. Die Mittelbewirtschaftung erfolgt seit Jahren in Deckungskreisen, die den Schulen große Flexibilität bei der Inanspruchnahme ihrer Haushaltsansätze ermöglicht. Regelmäßige Informationen über den Stand der Inanspruchnahme der finanziellen Mittel in Form von monatlichen Auswertungen aus der Finanzsoftware HuH wurden durch den Fachbereich Bildung und Sport zur Verfügung gestellt.

Fortsetzung Seite 3

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

keine

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Fortsetzung der Mitteilung:

Ausgehend vom o.g. Beschluss wurden weitere Möglichkeiten geprüft, die Schulen stärker als bisher in die Prozesse der Mittelbewirtschaftung einzubeziehen. Auch eine erweiterte Beteiligung der Schulen an Vergabeprozessen sowie eine optimierte Kommunikation zwischen den Schulen und der Verwaltung wurden geprüft.

Diese Prüfung wurde zunächst im Rahmen eines Pilotprojektes mit den 3 Oberstufenzentren der LHP

- Oberstufenzentrum I Potsdam, Technik
- Oberstufenzentrum II Potsdam, Wirtschaft und Verwaltung und
- Oberstufenzentrum III Potsdam Johanna Just

begonnen.

Dazu fanden seit April 2011 mit den Schulleitungen der Oberstufenzentren (OSZ) mehrere Beratungen statt. Darüber hinaus wurde ab August 2011 eine Arbeitsgruppe aus VertreterInnen der Schulleitungen der Schulformen Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien gebildet.

Keinen Handlungsbedarf bezüglich einer dahingehenden Mitarbeit hatten Grund- und FörderschulleiterInnen. Diese äußerten im Rahmen einer Befragung sowohl ihre Zufriedenheit über die derzeitigen Möglichkeiten der Beteiligung als auch Bedenken zum erhöhten Personalaufwand innerhalb ihrer Schulen bei noch größerer Einbindung der Schulleitungen in die Verwaltungsabläufe.

Im Rahmen der Projektarbeit mit den (OSZ) und der Beratungen der Arbeitsgruppe lassen sich folgende Ergebnisse abrechnen:

1. Erhöhung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Haushaltsdurchführung durch regelmäßige Übersendung von detaillierten Auswertungen der Deckungskreise der OSZ's sowie aller Einzelbuchungen in den Konten des Schulbudgets
2. Prüfung der Übertragbarkeit von Haushaltsmitteln des Ergebnishaushaltes in begründeten Einzelfällen
3. Prüfung einer erweiterten Verantwortung bei Vergaben für SchulleiterInnen (SL) über 400 Euro mit dem Ergebnis der Beibehaltung des jetzigen Verfahrens
4. Qualifizierung der Zusammenarbeit zwischen SL und FB 21 bezüglich der Vergabeverfahren, z.B. fachliche Einbeziehung der SL bei der Auswertung der Angebote, Benachrichtigung der SL nach Zuschlagserteilung
5. Durchführung von Fortbildungen (Haushaltsrecht, Vergaberecht und Zivilrecht) für SL und Verwaltungsmitarbeiter
6. Änderung bestehender Handkassenvorschüsse: - Erhöhung der Beträge
- Erweiterung der Verwendungszwecke
7. weitere Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen SL und FB 21

Alle v.g. Ergebnisse sind mit den OSZ bereits umgesetzt und werden schrittweise auf die Schulen der anderen Schulformen übertragen.

Zusätzlich wird derzeit geprüft, ob weitere Fortbildungsveranstaltungen für SL und Verwaltungsmitarbeiter der Schulen realisierbar sind.

Seitens der SL der OSZ und der teilnehmenden allgemeinbildenden Schulen wurden erhöhte Transparenz und Nachvollziehbarkeit der gesamten Haushaltsplanung und -durchführung als wichtiges Ergebnis der Projektarbeit hervorgehoben.

FAZIT

Insgesamt ist ein erfolgreicher Projektverlauf zu verzeichnen. Insbesondere wurde von allen Beteiligten die im Rahmen des Projektes vollzogene Optimierung der Kommunikation als positiv eingeschätzt.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

BESCHLUSS
der 28. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam am 26.01.2011

Übertragung der Entscheidungsbefugnisse über die Verwendung von Sachmitteln des Schulträgers auf die Schulen
Vorlage: 10/SVV/0629

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Möglichkeiten des Brandenburgischen Schulgesetzes auszuschöpfen und den Schulen die Entscheidungsbefugnisse über die Verwendung von Sachmitteln mindestens in dem Umfang, wie diese für Lehrmittel bestimmt sind, zu übertragen.

Dazu ist mit den Oberstufenzentren ein Pilotprojekt durchzuführen. Über die Ergebnisse ist am Ende des Schuljahres 2011/2012 zu berichten.

Darüber hinaus ist eine AG zu bilden mit je einem Vertreter der übrigen Schulformen, mit dem Ziel einer Teilbudgetbildung auf freiwilliger Basis.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Beschluss wird ___1___ Seite beigefügt.

Potsdam, den 31. Januar 2011

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel